



DANIEL LEDE ABAL

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



Daniel Lede Abal, MdL

Wahlkreisbüro:

Mitarbeiterin: Nele Schönau

Am Lustnauer Tor 6

72074 Tübingen

Fon 07071-8895123

FAX: 07071-8895131

Ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

Landtag:

Mitarbeiter: Jan Marczona

Konrad-Adenauer-Str. 12

70173 Stuttgart

Fon 0711-2063652

Fax 0711- 2063-660

daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

Wahlkreisnewsletter 06/2012

Inhalt:

- Landeshaushalt
- BDK-Bericht
- Praktikumsbericht
- Splitter

Liebe grüne Freundinnen und Freunde,

momentan arbeiten wir in der Landtagsfraktion am neuen Doppelhaushalt 2013/2014. Ihr könnt Euch sicherlich vorstellen, dass der Teufel oft im Detail sitzt - gerade dann, wenn wir auch effektive und strukturelle Einsparungen erbringen müssen.

Am 14.11.2012 hat im Landtag die Aussprache zum Haushalt stattgefunden. Gern stelle ich euch einige Überlegungen der Fraktion zur Verfügung, damit ihr aktuell in eurem Umfeld argumentieren könnt, warum dieser Haushalt nicht um eine Neuverschuldung herumkommt und dennoch durch Einsparungen strukturell den Pfad

zur Netto-Nullverschuldung bis 2020 (Schuldenbremse des Grundgesetzes) einschlägt. Zahlungsverpflichtungen und grün-rote Investitionen, die den Wandel der verantwortungsbewussten grün-roten Haushaltspolitik markieren, werden darin umrissen.

Schuldenbremse aber keine Politikbremse:

Die Einhaltung der Schuldenbremse des Grundgesetzes ist eine wichtige Herausforderung – aber es ist nicht die einzige. Es geht auch darum, die Weichen für den Wandel und die Zukunftsfähigkeit in Baden-Württemberg richtig zu stellen - im Bund sollen wir das ab Herbst ja ebenfalls tun. Deshalb setzt die grüne Landtagsfraktion ihre Schwerpunkte auf folgende Themen:

1. Die Umsetzung der Energiewende – ein Vorhaben, das nur gelingen kann, wenn Wirtschaft, Staat und die Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeiten.
2. Im Wettbewerb um umweltfreundliche Produkte und Technologien die Nase vorn haben - ressourcenschonende Produktionsverfahren, Leichtbaukonzepte, intelligente Netze und umweltschonende Mobilitätskonzepte – all dies braucht Investitionen, die wir als Land nicht alleine stemmen können, aber bei denen wir helfen und unterstützen – auch finanziell.
3. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – das betrifft nicht nur die Frauen. Wir stellen den Kommunen und freien Trägern im kommenden Haushaltsjahr zur Verbesserung der Kleinkindbetreuung und der frühkindlichen Bildung jährlich rund 600 Mio. Euro zur Verfügung. Ohne diese Unterstützung sind die Kommunen nicht dazu in der Lage, den angestrebten Betreuungsschlüssel zu erreichen.
4. Eine frühkindliche Bildung, eine Schule, eine berufliche Bildung und Weiterbildung, und eine Hochschule für Alle - mit anderen Worten eine Bildungspolitik, die niemanden ausgrenzt, sondern alle nach ihren Begabungen und Fähigkeiten fördert aber nicht wegen Herkunft, Muttersprache oder Geldbeutel der Eltern ausgrenzt.
5. All dies braucht eine solide Finanzierung –wir müssen und wir wollen die Schuldenbremse des Grundgesetzes einhalten – nicht nur weil sie in der Verfassung steht, sondern weil es in der Verantwortung vor zukünftigen Generationen dazu keine verantwortliche Alternative gibt. Alle diese Punkte – auch die Schuldenbremse - sind Projekte für einen spürbaren Politikwechsel.

Wir werden auch die Schuldenbremse nicht in einem Schritt einführen können. Die Beispiele Spanien und Griechenland führen uns sehr deutlich vor Augen, was geschieht, wenn man eine Volkswirtschaft hart ausbremst. Das wollen wir auf jeden Fall vermeiden.

Wir wollen die Schuldenbremse - eine Politikbremse wollen wir nicht. Daher bauen wir die Neuverschuldung nicht in einem Schritt und in einem Haushaltsjahr ab, sondern in einem verlässlichen, gleichmäßigen und stabilen Pfad bis zum Jahr 2020. Eine Bemerkung am Rande: Zieht man den Schuldendienst von 1,96 Mrd Euro von der Neuverschuldung des vorliegenden Haushalts in Höhe von 1,78 Mrd Euro ab, so hätten wir sofort die Nullverschuldung und könnten sogar noch 200 Mio Euro Schulden tilgen. Wir nehmen also in Wahrheit Schulden auf, um die Schulden zu finanzieren, die wir nach 60 Jahren CDU-Regierung vorgefunden haben.

Das ist das haushaltspolitische Erbe, das Grün-Rot von Schwarz-Gelb übernommen hat:

- Im Hochschulbau einen Sanierungsstau von fünf Milliarden Euro
- Den Straßenunterhalt vernachlässigt – sagt der Rechnungshof – und den Straßenbau in Schattenhaushalten versteckt,
- 3.500 Lehrerstellen aus Qualitätsoffensive Bildung ohne Finanzierung gelassen – ein Minus von fast 200 Mio Euro jährlich
- Für die Beamtenpensionen viel zu wenig Vorsorge getroffen – ein Minus von 70 Milliarden Euro - auch das vom Rechnungshof berechnet,
- Den Hochwasserschutz über Jahre schleifen lassen – ein Spiel mit dem Leben der Menschen in den Risikogebieten,

Wir müssen das aufarbeiten - nicht auf einmal, sondern Schritt für Schritt. Dazu dient die Sanierungsrücklage, die wir aus Steuermehreinnahmen gebildet haben: Über 400 Millionen Euro für Landesgebäude, Straße, Schiene und Hochwasserschutz. Aus der Sanierungsrücklage und aus dem Haushalt des Umweltministeriums werden wir alleine rund 30 Mio Euro jährlich für den Hochwasserschutz zur Verfügung stellen, dazu kommen weitere 45 Mio Euro für Sanierungsmaßnahmen an Landesgebäuden – davon etwa 70 % an den Hochschulen.

Was bringen wir voran?

Freie Schulen

Wir werden die Zielmarke 80% der Bruttokostenförderung in dieser Legislaturperiode erreichen, finanziert und verbindlich. Die Schritte in diesem Doppelhaushalt umfassen zusätzliche Mittel für die Freien Schulen von 29,3 Mio Euro.

Schulsozialarbeit

Hier gibt es einen steigenden Bedarf und wir lassen die Kommunen und die Schulen nicht alleine - 15 Mio. Euro in 2013 und ab 2014 nochmals 10 Mio. mehr, also 25 Mio. Euro pro Jahr erlauben es den Kommunen, verlässliche Hilfen aufzubauen - und viele Kinder und Jugendliche brauchen diese Hilfen in den Konflikten des heutigen Alltags.

Weiterbildung

Wer Fachkräftemangel sagt, muss auch Weiterbildung sagen - und wir machen hier mit einem Plus von 2,5 Mio Euro einen kleinen aber richtigen Schritt in der Förderung.

Islamische Studien

Das Centrum für Islamische Studien in Tübingen ist mit 0,6 Mio Euro pro Jahr vom Volumen her ohne große finanzpolitische Bedeutung. Die kulturelle Bedeutung und die Bedeutung für das gegenseitige Verständnis zwischen den Religionen sind groß. Ein Land wie Baden-Württemberg, das mit seinen Unternehmen und Produkten draußen in der Welt unterwegs ist, sollte sich darum kümmern, andere Religionen und Kulturen zu erforschen - so wie dies an der Universität Tübingen geschieht.

Flüchtlingpolitik

Das Land fördert die psychosozialen Zentren für die Behandlung von Folteropfern und den Landesflüchtlingsrat und sichert so gute Arbeit dort, wo sie den Flüchtlingen am meisten hilft. Die Organisationen bekommen so eine verbesserte Planungssicherheit und können sich auf das konzentrieren, wovon die Flüchtlinge am meisten haben: Auf ihre tägliche Arbeit.

Die Finanzen des Staates in Ordnung bringen

Wir müssen die den Haushalt des Landes auf der Einnahmenseite und der Ausgabenseite verbessern. Auch das Thema Steuergerechtigkeit spielt hier eine

wichtige Rolle. Hier hat Baden-Württemberg bisher einen traurigen Platz. Die Tatsache, dass nach Bekanntwerden der Steuer-CDs die meisten Selbstanzeigen - über 6.000 - aus Baden-Württemberg kamen, ist leider kein Zufall. Die Zahl der Steuerprüfer und Steuerfahnder liegt in Baden-Württemberg seit langer Zeit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Wir werden hier Stück für Stück aufholen und jedes Jahr zusätzlich 100 Steuerprüfer ausbilden und einstellen.

Baden-Württemberg hat den Steuer-Deal mit der Schweiz abgelehnt. Es ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, dass Steuerhinterzieher nachträglich mit einem günstigeren Steuersatz belohnt werden. Wie ernst es der Schweizer Finanzindustrie war, mit diesem Abkommen den Zufluss von Schwarzgeld abzustellen, kann man auch daran sehen, dass Schweizer Finanzinstitute ihren deutschen Kunden angeboten haben, Schwarzgeldeinlagen zu asiatischen Tochtergesellschaften weiterzureichen.

Die Landesregierung hat Sparvorschläge erarbeitet, die naturgemäß von vielen Seiten keine Zustimmung erfahren.

Die Landesregierung legt den Entwurf eines Haushaltbegleitgesetzes vor, in dem nun ein Paket von Maßnahmen im Personalbereich enthalten ist; immer unter Beachtung der Zumutbarkeit und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Regeln, insbesondere die Beamten betreffend.

Am meisten kritisiert wurde die Absenkung der Eingangsbezüge im Beamtenbereich in den jeweils ersten drei Jahren der Beschäftigung - um 4% im gehobenen Dienst, und um jetzt 8% im höheren Dienst – hier bestand die Regelung bereits mit 4%. Damit wird der öffentliche Dienst für Berufseinsteiger aus unserer Sicht nicht unattraktiv. In einer Zeit, in der nicht nur auf die Vergütung sondern vor allem auch auf die Rahmenbedingungen der beruflichen Tätigkeit ankommt, sprich Arbeitszeit, Urlaubsanspruch usw., bleibt der öffentliche Dienst auch weiterhin ein attraktives Angebot. Dass die Haushaltskonsolidierung bei einem Personalkostenanteil von über 40 Prozent nicht ganz ohne Einsparungen bei den Beamten gelingen kann, ist zwar unangenehm, aber wahr.

Insgesamt sparen wir in diesem Doppelhaushalt 550 Mio. Euro 2013 und 800 Mio. im Jahr 2014 - **damit werden die geplanten Einsparungen erreicht:**

Viele der Maßnahmen des Haushaltbegleitgesetzes beginnen mit relativ geringen Einsparungen und steigen dann mit den wachsenden Fallzahlen Jahr für Jahr – das ist

eigentlich die wichtigste Botschaft dieses Haushalts, die aber weitgehend unbeachtet bleibt, weil alle auf den laufenden Haushalt schauen: Mit den jetzt beschlossenen strukturellen Maßnahmen werden wir im Jahr 2020 über 800, fast 900 Millionen Euro sparen.

Schule

Schulen und deren Standorte müssen so eingerichtet werden, dass sie zukunftsfähig und demographiefest sind. Daher gibt es seit grün-rot die Gemeinschaftsschule und künftig eine regionale Schulentwicklung, die ein gutes Bildungsangebot für jedes Kind in erreichbarer Nähe anbieten wird - die Nähe ist für die Bildung nicht allein entscheidend; sie ist aber im Kindergarten- und Grundschulalter besonders wichtig. Deshalb werden wir auch künftig im Grundschulalter am Leitsatz "Kurze Beine, kurze Wege" festhalten.

Der Rechnungshof sagt uns, dass wir bis 2020 etwa 14.000 Lehrerstellen sparen könnten, ohne die rechnerische Unterrichtsversorgung zu verschlechtern - aber ohne strukturelle Veränderungen. Wir sagen, wir lassen davon etwa 3.000 Lehrerstellen „im System“, lassen aber 11.600 entfallen. Dazu kommen interne Reformen an den Schulen, die weitere Ressourcen freisetzen, so dass der Umbau der schulischen Bildung ohne zusätzliche Finanzierung auskommt: In den Haushaltsjahren 2013 und 2014 sind es 1.000 bzw. 1.200 Lehrerstellen, die entfallen und den Haushalt entlasten - ohne das Schüler-Lehrer-Verhältnis abzusenken.

Es ist ein Konzept, der „selbstfinanzierten Reform“, das nur in dieser besonderen demografischen Situation möglich wurde - im Jahr 2013 sparen wir „nur“ 23 Mio; bis 2020 wächst das auf das Zehnfache an. Grün-Rot hat diese Chance genutzt und nicht verstreichen lassen.

Das ist aus unserer Sicht eine Finanzpolitik/Haushaltspolitik, die sich nicht in erster Linie in großen Zahlen zeigt - es ist die Nutzung von Veränderungen, um Wandel, um Veränderung zu finanzieren.

Als grüne Landtagsfraktion haben wir uns aber vorbehalten, dass bei der Lehrerversorgung an den Schulen im laufenden Schul- und Haushaltsjahr Nachbesserungen möglich sein müssen. Wir haben eine Verbesserung der Unterrichtssituation versprochen und auch wenn wir nicht sofort alle Probleme lösen können, halten wir an diesem Wahlversprechen fest.

Bundesdelegiertenkonferenz: Hannover wir kommen

Persönlicher BDK- Bericht von Nele Schönau (Delegierte)

Eine BDK, das sind drei Tage intensiver Politischer Input, viel Papier, wenig Schlaf, viel Sitzen und zuhören. Einen Überblick über die behandelten Themen möchte ich euch hiermit geben.

Am Freitag gab es außer dem Tagesordnungspunkt Formalia und einer kurzen Workshop Phase auch den Tagesordnungspunkt Außenpolitik. Dabei ging es Inhaltlich vor allem um das Prinzip der Schutzverantwortung Responsibility To Protect.

Am Samstag um 8.30 Uhr startete die BDK dann in den Tagesordnungspunkt Soziales. Hier blieben trotz vorheriger Verhandlung der Antragstellerinnen einige Anträge strittig, etwa der zur Abkehr von der Rente mit 67 Jahren von Gewerkschaftsgrün. Allerdings die Anträge zur Residenzpflicht, zur Abschaffung des Sachleistungsprinzips und gegen eine Festung Europa wurden alle samt angenommen. Mit dem Nachmittag kamen die personal Wahlen und mit dem Abend der Tagesordnungspunkt Verschiedenes. Insgesamt 16 Anträge mit ihren Änderungsanträgen zu den verschiedensten Themen standen auf dem Plan. Dabei ging es etwa um das Thema Arbeitsrecht in kirchlichen Betrieben, Kennzeichnung tierische Bestandteile in Lebensmitteln, keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr und eine Co² Kennzeichnung bei allen Transportmitteln.

Am Sonntag früh ging es los mit dem Top Endlager. Durchsetzen konnten sich am Ende, all jene die das geschnürte Packet aller Bundesländer nicht nochmal auf machen wollten. Allerdings wurde in der Debatte klar, dass wir Gorleben für ungeeignet halten und dies auch weiterhin kommunizieren werden. Weiter ging es mit dem Tagesordnungspunkt Europa. Ein umfassender Antrag lag vor und viele Änderungen konnten bereits im Vorfeld übernommen werden. Es wurde bei allen Redebeiträgen sehr deutlich, dass wir mehrheitlich für eine stärkere europäische Solidarität sind und das Projekt Europa nicht an der Finanzkrise scheitern lassen wollen.

Eine Zusammenfassung vom Freitag findet man unter:

<http://www.gruene.de/partei/bdk-in-hannover/anpacken-fuereinander.html>

Eine Zusammenfassung von Samstag unter:

<http://www.gruene.de/partei/bdk-in-hannover/wir-kaempfen-fuer-mehr-gerechtigkeit.html>

Zusammenfassung des dritten Tags unter:

<http://www.gruene.de/partei/bdk-in-hannover/heimat-europa.html>

Praktikumsbericht von Marie Nottebaum

Praktikum im Stuttgarter Abgeordnetenbüro im September 2012.

Mein Praktikum ist nun vergangen, Zeit um zurückzublicken und zu erzählen was geschah.

Zuerst möchte ich mich vorstellen. Ich heiße Marie Nottebaum, bin 22 Jahre alt und studiere in Mainz Soziologie und Pädagogik. Fachlich kam ich bisher wenig mit Politik in Kontakt, da ich mich sonst jedoch dafür interessiere und besonders auch dafür wie Politik „gemacht“ wird, war diese Praktikumsstelle spannend für mich.

Meine bisherigen Studienschwerpunkte waren „Soziale Ungleichheit“, „Bildungssoziologie“ sowie „Gender Studies“ und auch mit dem Thema „Integration“ habe ich mich beschäftigt. Die Arbeit von Daniel Lede Abal und Jan Marczona passte gut zu meinem Interessensgebiet.

Ich konnte Daniel bei verschiedensten Terminen begleiten (AK-Sitzungen, Fraktionssitzung, Ausschüsse für Wissenschaft, Integration und den ständigen Ausschuss, Plenum in Landtag). Habe durch die unterschiedlichen vorliegenden Anträge einen guten Einblick in die aktuellen Themenbereiche bekommen, was bearbeitet wird und wie gearbeitet wird. Politik konnte für mich lebensnaher werden.

Lebendige Debatten, Diskussionen mit Herzblut, haben die vom Volk gewählten Menschen hinter den auf Pappplakaten abgedruckten Parteimitgliedern gezeigt.

Im Verlauf der ersten Woche konnte ich einem Treffen mit Vertretern des Verbandes der deutschen Sinti und Roma Baden-Württemberg beiwohnen. Nach dem Gespräch recherchierte ich Hintergrundinformationen die in meinen Augen zum Verständnis der Lage von Sinti und Roma in Deutschland dienlich waren.

Weitere Rechercharbeiten machte ich zum Thema Ausländer-/Migrantenbeiräte. Anstoß war die aktuelle Debatte: politische Partizipation von Migranten. Ich beschäftigte mich mit der Struktur solcher beratenden Gremien innerhalb Baden-Württembergs und in anderen Bundesländern. Eine Zusammenstellung der Informationen über Aufgabenbereiche, Partizipationsgrad und Organisation, sollten einen groben Überblick geben und Grundstein für weitere Überlegungen sein.

Nennen möchte ich auch die für Praktikanten organisierten Treffen zum Thema Haushalt und Pressearbeit in der Fraktion. Im kleinen Kreis konnte man viel fragen. Sie haben mir besonders gefallen.

Augenfällig waren die Terminflut und der damit verbundene Stress für die PolitikerInnen und MitarbeiterInnen. Umso schöner, dass im vollen Kalender ausreichend Platz für Praktikanten/Praktikantinnen geschaffen wird. Mir fiel jedoch auf, dass der Arbeitstag mit vielen Sitzungen den Aufmerksamkeitsrahmen der Teilnehmer in langen Sitzungen sprängt. Die ständige Erreichbarkeit durch Handy und Internet, auch in Sitzungen, empfand ich als sehr störend und als den laufenden Debatten wenig zuträglich.

Durch und durch positiv war für mich der offene und warme Umgang innerhalb der Fraktion, besonders auch mit Praktikanten. So banal es auch erscheint, dass Duzen untereinander empfand ich als sehr angenehm. Ich fühlte mich sehr wohl.

Resümierend kann ich nur sagen, dass es mir sehr, sehr gut gefallen hat. Mir wurde ein vielfältiger Einblick geboten, ich hatte die Möglichkeit zu beobachten (aus der Sicht einer Soziologiestudentin einerseits und als Bürgerin andererseits) und zu fragen, fragen, fragen. Danke Jan, danke Daniel für viel Antworten und Erklärungen. Es war spannend!

Politik wurde für mich etwas fassbarer und die Menschlichkeit der Politiker – im positiven wie im negativen Sinne- für mich erkennbar.

Etwas idealistisch gesprochen: die Möglichkeit die Welt verändern zu können ist etwas greifbarer geworden. Mit mehr Mut & Aktionslust komme ich aus diesen zwei Wochen und möchte mich herzlich bedanken für diese tolle Erfahrung.

Beste Grüße,
Marie Nottebaum

Splitter:

Entwicklungspolitische Leitlinien und Handlungsempfehlungen erarbeitet

Vielleicht erinnert ihr euch noch an die Einladung zum entwicklungspolitischen Dialog: Unter dem Titel „Welt:Bürger gefragt!“ war auch ein Termin in Tübingen. Eine Dokumentation und die Ergebnisse findet ihr unter:

http://www.baden-wuerttemberg.de/de/WeltBuerger_gefragt/272838.html

Bericht zur Eltern- und Familienbildung mit interkultureller Ausrichtung

In 37 % der Familien in Baden-Württemberg hat mindestens ein Elternteil ausländische Wurzeln (410.000 von rund 1,1 Millionen Familien). Familien mit Migrationshintergrund sind eine wichtige Zielgruppe der Eltern- und Familienbildung, die bislang allerdings häufig nicht oder nur mit großem Aufwand erreicht wird. Der aktuelle Report Familien in Baden-Württemberg zum Thema „Eltern- und Familienbildung: Aktuelle Entwicklungen – Interkulturelle Ausrichtung“ gibt einen Überblick über allgemeine Entwicklungen in der Eltern- und Familienbildung und nimmt Familien mit Migrationshintergrund als Zielgruppe der Eltern- und Familienbildung in den Blick. Ihr findet ihn unter:

http://www.sozialministerium-bw.de/fm7/1442/Report_02_12_Eltern-%20und_Familienbildung.pdf

Windatlas für Baden-Württemberg

Die Planungskarten für Windkraftanlagen sind seit Ende August öffentlich. Damit kann überprüft werden, auf welchen Flächen der notwendige Ausbau von Windkraftanlagen – unter Berücksichtigung bestehender Naturschutz und Waldschutzbelange – vorangebracht werden kann. Die Karte der Forstl. Versuchs- und Forschungsanstalt findet ihr hier:

http://www.fva-bw.de/indexjs.html?http://www.fva-bw.de/forschung/bui/windenergie_auerhuhn.html

<http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/216927/>

Energiewende Mythen und Fakten

Unter folgendem Link findet sich ein exzellentes Papier zur Strompreisdebatte des WWF, auf welches wir als Fraktion vom Umweltministerium aufmerksam gemacht wurden.

http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Mythen_Fakten_Energiewende_WEB.pdf

„Vielfalt gefällt! 60 Orte der Integration“

Das Programm "Vielfalt gefällt! 60 Orte der Integration", der BW-Stiftung und des Integrationsministeriums hat jetzt eine eigene Homepage. Das Programm fördert 60 Modellprojekte, mit denen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bestärkt werden, sich gesellschaftlich zu engagieren und miteinander einen offenen und respektvollen Dialog zu führen. Angesprochen werden damit alle in Baden-Württemberg lebenden Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft. Die Homepage findet ihr unter: <http://www.vielfaltgefällt.de/>

Kommunalwahlrecht und Quotierte Listen:

Den Entwurf der Regierung für ein neues kommunalwahlrecht findet ihr unter: <http://www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php?id=292894&referer=88525&newslink=292907>
Der Gesetzentwurf beinhaltet noch keine Regelung zum Punkt quotierte Kommunalwahllisten, denn es gibt bislang mit der SPD noch keine Einigung auf eine konkrete Formulierung zu den quotierten Listen. Zur Untermauerung des bestehenden politischen Willens und zur verbindlichen Festlegung einer Gesetzesänderung zur Kommunalwahl 2014 haben beide Fraktionen letzte Woche folgende Vereinbarung getroffen (im Wortlaut):

- *Beide Fraktionen wollen eine verfassungskonforme Lösung für quotierte Listen im Kommunalwahlgesetz BW, die zu den Kommunalwahlen 2014 wirksam wird, vereinbaren.*
- *Beide Fraktionen werden sich bis zum 31.12.2012 auf eine gemeinsame Formulierung zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes verständigen.*
- *Es wird vereinbart, diese Änderung des Kommunalwahlgesetzes mittels eines gemeinsamen Fraktionsantrags im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes einzubringen.*